

# Albanien

Tobias Flessenkemper\*

Seit 2014 ist Albanien EU-Beitrittskandidat. Die von Brüssel geforderte Justizreform hat zu einer Lähmung der Gerichtsbarkeit geführt, insbesondere des Verfassungsgerichts. Die umstrittene Kommunalwahl am 30. Juni 2019 hat die innenpolitischen Gräben vertieft. Die Verhandlungen zwischen Serbien und Kosovo über mögliche Grenzänderungen hat pan-albanische Rhetorik gefördert. Der seit 2013 amtierende Außen- und Europaminister Ditmir Bushati wurde Ende 2018 von Ministerpräsident Edi Rama aus dem Amt gedrängt. Rama füllt seit Januar 2019 das Amt in Personalunion aus und wird vom Kosovo-stämmigen Gent Cakaj als Stellvertreter unterstützt. Die Europäische Kommission hat dem Rat der Europäischen Union wiederum die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen im Juni 2019 empfohlen, was dieser für Albanien und für Nordmazedonien erneut ablehnte. Schon seit 2009 ist Albanien Mitglied der NATO.

## Umstrittene Kommunalwahlen

Am 30. Juni 2019 fanden unter außerordentlichen Umständen Kommunalwahlen statt. Im zentralisierten System wird nur auf Staats- und Gemeindeebene gewählt. So sind Kommunalwahlen stets eine Machtprobe für die Regierung. Die Gemeindegebietsreform von 2014 hat die Anzahl der Gemeinden auf 61 reduziert. Die bis 2013 regierende Demokratische Partei (DP), Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP), leidet unter der wechselhaften Strategie ihres Vorsitzenden Luzim Basha, der immer wieder mit dem Boykott der staatlichen Institutionen droht. Staatspräsident Ilir Meta, bis 2004 Mitglied der Sozialistischen Partei (SP) und politischer Gegner von Edi Rama, möchte mit der von seiner Ehefrau Monika Krezemahdi geführten Linkspartei „Sozialistische Bewegung für Integration“ seinen Einfluss sichern. Vorausgegangen waren seit dem 16. Februar 2019 zum Teil gewaltsame Demonstrationen gegen die Regierung Ramas und ein Boykott des Parlaments seitens der DP. Die Opposition beschuldigte die Regierung der Korruption. Nachdem Meta zuerst die Kommunalwahlen angesetzt hatte, befeuerte er die Diskussion, ob unter jenen Umständen die Wahlen durchgeführt werden könnten. Er bezichtigte die SP der Wahlmanipulation und dekretierte am 10. Juni 2019 einen neuen Wahltermin. Aufgrund unbesetzter Posten im Verfassungsgericht, Folge der laufenden Überprüfung von Richtern und Staatsanwälten, konnte das Gericht die Entscheidung des Präsidenten nicht fristgerecht prüfen. Das neue Dekret des Präsidenten wurde zudem nicht ordentlich ausgefertigt, sodass der einzige veröffentlichte Wahltermin der 30. Juni 2019 blieb.

Im Juni 2019 kam es zu einer überraschend ausführlichen Berichterstattung der deutschen „Bild“-Zeitung zur albanischen Innenpolitik. Sie veröffentlichte Mitschnitte von Telefonaufzeichnungen, die eine Verstrickung der Regierung in Wahlmanipulationen beweisen sollten. Während der demokratische Prozess in Albanien verbesserungswürdig ist, wurde die von einigen Abgeordneten der Christlich-Demokratischen Union Deutsch-

---

\* Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

lands (CDU) geführte Diskussion um einen Wahlboykott als rein machtpolitische Parteinahme zugunsten der DP interpretiert.<sup>1</sup> Durch die Erklärung des Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker und des NATO-Verbündeten Vereinigte Staaten von Amerika (USA), dass die Wahlen als legitim zu betrachten seien, konnte die Lage beruhigt werden. Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stellten dann am 1. Juli 2019 fest, dass die Wahlen zu wenig den Wählerinteressen gedient hätten; die Abwesenheit der Opposition hätte den Wählern eine Auswahl zwischen politischen Optionen verwehrt und in 31 von 61 Gemeinden hätte es keine Gegenkandidaten für das Bürgermeisteramt gegeben.<sup>2</sup> Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der niedrigen Wahlbeteiligung von knapp 23 Prozent der gut 3,5 Mio. Wähler wider. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE (ODIHR) konstatierte, dass die Wahlen grundsätzlich den OSZE-Standards entsprochen hätten. Im Vorfeld des Wahltags hatten die Europäische Union und die Balkan-Quint (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und USA) eine rasche Überprüfung und Revision der politischen und verfassungsrechtlichen Situation in Albanien unter Einbeziehung der Venedig-Kommission des Europarats gefordert. Dieser Prozess begann im Sommer 2019.

### Europäische und regionale Dimension

In Albanien wiederholte sich ein Muster aus anderen Westbalkanstaaten. Angesichts des schleppenden EU-Integrationsprozesses bröckelt der gesellschaftliche und politische Konsens. Die enge Verflechtung der politischen Akteure mit der EVP und der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) europäisiert zudem innenpolitische Auseinandersetzungen parteipolitisch. Dabei rücken die legitimen Sorgen zur Qualität und Stabilität demokratischer Institutionen und Verfahren gegenüber politischer Parteinahme in den Hintergrund. So droht eine Entkopplung von demokratischer Entwicklung und EU-Annäherung.<sup>3</sup> Andererseits würdigte die Europäische Kommission in ihrem Länderbericht vom 29. Mai 2019 Albanien Bereitschaft zu tiefgreifenden Reformen des Justizwesens. Die Wahlkrise wäre mit einem funktionierenden Verfassungsgericht möglicherweise ruhiger verlaufen. Der Ausfall des Verfassungsgerichts war ein nicht beabsichtigtes Ergebnis der EU-Konditionalität, die eine Überprüfung aller Richter erforderte. Erwartet wird, dass die Reformen anerkannt und Beitrittsgespräche bald aufgenommen werden. Ob dies 2019 gelingt, scheint jedoch angesichts von Widerstand aus Frankreich und den Niederlanden ungewiss. Die Spannungen des Belgrad-Pristina-Dialogs wurden auch in Albanien spürbar. Premierminister Rama und den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić verbindet dabei ein ähnlicher Politikstil und Führungsanspruch in der Region. Die Debatte über Grenzänderungen in Kosovo beflügelte jeweils pan-albanische und groß-serbische Rhetorik, die einander bedingen, jedoch dabei europäische Werte unterminieren. Für die Regierung ist jedoch Zurückhaltung in regionalpolitischen Fragen geboten, da sie ab dem 1. Januar 2020 für ein Jahr den Vorsitz in der OSZE übernehmen wird.

### Weiterführende Literatur

Christiane Jaenicke: Albanien - ein Länderporträt, Berlin 2019.

---

1 Vgl. Adelheid Wölfl: Gefährliche Eskalation vor Wahl in Albanien, in: Der Standard, 13.6.2019.

2 Vgl. OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR): Statement of Preliminary Findings and Conclusions, Local Elections Republic of Albania 2019, 1.7.2019.

3 Vgl. Solveig Richter/Natasha Wunsch: Money, power, glory: the linkages between EU conditionality and state capture in the Western Balkans, in: Journal of European Public Policy 26/2019.